

# Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland

Streich, höhere Verwaltung und Betriebsführung enthalten den Verlag für Vergrößerung und Entschärfung.  
Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30  
Schriftleitung: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30. Fernsprecher Nr. 1277

Abonnementpreis: Für die Leichter  
Halbesche Postkarte 10 Mark jährlich.  
Wochen im Vorauszahlung 2,20 Mk. -  
Vorauszahlung durch den Verlag des  
"Politischen Wegweiser" Halle (Saale),  
Gr. Brauhausstraße 30.

48 Halle (S.), 26. November 1927 3. Jahrgang

## Die Abrüstungsfrage

Die Genfer Konferenz.

Am letzten Tage dieses Monats tritt die vorbereitende  
Konferenz in Genf zusammen. Daß sie vor dem  
Erfolg deutscher Bemühungen  
steht, ist als Erfolg deutscher Bemühungen  
anzusehen. Die französische These ging dahin, erst die  
Ehre zu erörtern, ehe man an die Abrüstung ernstlich  
denkt. Der Grund für dieses Verhalten liegt dar-  
in, daß an eine wirkliche Garantie im Sinne der  
Genfer Konferenz zu denken ist, denn ihre weitgehende  
Verwirklichung jedes einzelnen Vertrages mit einer  
Anerkennung der Herrschaft erst zu machen, auf die  
Genfer Konferenz. Herr Kerstin ist auch rechtlich  
ein Freund der Weltfriedensbewegung, die er  
in der Genfer Konferenz, die man nun an die  
Genfer Konferenz, herantreten könnte. Ihm mißfällt gründlich  
die Abrüstung, die er in der Welt gerade für  
eine Abrüstung eingestuft hat. Trotzdem wäre es falsch,  
persönliche Meinungen hinzuzufügen. Die Sach-  
lage ist zu erhalten und den Herrschaftserben ihre  
Ehre ungehindert zu belassen. Aber auf die Dauer  
wird sie ihr Werk nicht fortsetzen. Die Weltmeinung  
ist laut und dringend, daß nun endlich die eigent-  
liche Abrüstung der Weltfriedensbewegung, die Abrüstung  
in Mindestmaß durchgeführt wird. Nur ganz all-  
mählich werden sich Fortschritte anbahnen, und die  
Genfer Konferenz wird noch auf manche harte Probe  
werden, aber wir können wenigstens überzeugt sein,  
daß die Entwicklung unaufhaltsam ihren Weg nimmt.

### Der Kampf in England.

Die Abrüstung ist der Arbeiterpartei immer sehr  
wichtig gewesen. Darin unterscheidet sie sich von den französischen  
Parteien, die den Begriff der Landesverteidigung  
nicht ausgeblendet haben und von manchen anderen  
Parteien der Internationalen, die auch nicht recht der  
Abrüstung etwas seltsamer beruht es schon, wenn die  
Parteien, die früher die größten Selbsthüter in der  
Welt waren, sich nun, und ausgerechnet unter Führung  
des großen für den größten Gedanken begeisterten.  
Die Abrüstungswahl vorliegt, aber nur wirtschaftliche  
Ergebnisse den Ausschlag geben, wird sich mit unbestimmter  
Sicherheit nie sagen lassen. Im Endergebnis ist es auch  
möglich, nachdem die Partei so lebensfähig diese  
Partei erhoben hat, wird sie sie nie wieder verlieren  
werden. Bei den Konferenzen gibt es keine Einheitsfront.  
Der Herr Lord Robert Cecil, der dieser Konferenz  
Präsidenten zum Oberen gebracht hat, sehen nicht  
einzelne da. Zwischen ihnen und den Diebards unter  
Cyril Hicks gibt es zahlreiche Meinungen. Wir  
sind jetzt aus den Entstellungen Cecil, das selbst  
im konservativen Kabinett keine völlige Übereinstimmung  
herrschte, als es sich um die Abrüstung zur See  
handelte. Seine eigenen wohlmeinenden Absichten wurden  
durch die Abrüstung der Marine durchkreuzt. Das wurde  
Grund seines Austritts. Die Regierung hat zweifellos  
denkt, ist aber zuletzt der Marine unterlegen. Nur  
der Kampf ein. Der erste Erfolg ist bereits zu verzeichnen.  
Baldwin hat auf zwei von den drei vorgeschlagenen  
Vorschlägen für das Jahr 1928 verzichtet. Vielleicht  
wird die Dpouition etwas den Wind aus den Segeln zu  
nehmen, vielleicht aber auch, und das hat zweifellos mit-  
zubringen, aus außenpolitischen Erwägungen, Japan, das  
in seiner Finanznot befindet, drückt in London,  
Amerika hat sein Programm klar genug umrissen und  
auch die Drohung mit gewaltigen Neubauten verkündet.  
Die aber Groß-Britannien zur See Zugeständnisse machen  
kann man wohl mit Sicherheit darauf rechnen, daß  
in der Hand, wo es wirtschaftliche Interesse an der Verminderung  
der Heere hat, seinen Willen in Genf stärker betonen

### Die belgische Krise.

Das große Koalitionskabinett Jambart mußte zurück-  
treten, weil die vier sozialistischen Minister in der Frage  
des Willkürdienstes Forderungen aufstellten, die namentlich  
dem Kriegsminister Grafen Broqueville, wahrscheinlich  
auch Jambart selbst unannehmbar erschienen. Es ist  
genau als Folge aus der Krise erliegen und hat statt  
sozialistischen, die belgischen Demokraten hineingekommen.  
Einem Bericht der Berliner Wochenschriftung handelt  
es aber nicht nur um die Frage der Abrüstung, sondern  
auch um die Frage von weit größerer Bedeutung.  
Am 2. Januar 1920 hat Belgien sein Militär-  
verhältnis mit Frankreich geschlossen, das für das kleine Land  
den unangehörigen Verpflichtungen mit sich brachte,  
entweder das völlige Befestigungsnetz an der deutschen  
holländischen Grenze verhängt Unstimmungen, wozu noch

## Parteifreunde, vergeßt es nicht!

Werbet Mitglieder,  
sendet Werbeanzeigen ein.

von selbst eine gewisse feindselige Haltung gegen beide  
Staaten als Folge kommt. Diese geheimen Absichten, die  
weder den Parlamenten, noch dem Völkern mitgeteilt  
worden sind, sollen den eigentlichen Grund zu dem Konflikt  
bilden. Vorläufig wird ja wohl die neue Regierung auf  
den Vereinbarungen bestehen bleiben müssen. Das große  
Vertrag 1928 wird aber auch die belgische Nation zur  
Uhr rufen, und es bleibt abzuwarten, wie es sich ent-  
wickelt, wenn diese Frage in den Mittelpunkt gestellt werden  
wird.

### Frankösischer Aufruf.

Wenige Tage vor Genf hat die französische Kammer  
eine Militärbudgete gebilligt. Sie ist so ausgefallen, wie man  
ermarten mußte. Die Regierung wurde aufgefordert, nur  
mit dem Bau der Befestigungen an der deutschen und  
italienischen Grenze, die schon in der großen Vorlage be-  
schlossen worden sind, zu beginnen. So schwach der Etat  
auch sein ist, die Mittel dafür haben zur Verfügung,  
wobei man eben, wie es auch in manchen anderen Ländern  
geschieht, Abrüstung dort vornimmt, wo sie am wenigsten  
zu tragen sind. Man soll sich über die Stimmung in  
Frankreich nicht täuschen, auch die Sozialisten sind dort  
wenigstens zum Teil unbedingte Anhänger einer übertrie-  
benen Sicherheit, ohne zu berücksichtigen, daß das ewige  
Krieg mit den Waffen die meisten Kriege erst herbeiführt  
hat. Für Genf ist das kein günstiges Vorzeichen, und  
wir überhaupt mit französischem Uebelwollen dort  
rechnen müssen. Nur allmählich kann sich ein Umbruch  
vorbereiten. Der Weg ist nicht derselbe wie sonst. Nicht  
die Abrüstung führt zur Verständigung, sondern umgekehrt  
muß die Verständigung vorgehen. Ergeben die Mat-  
wahlen eine härtere Mehrheit für eine Auslösung, so wird  
vielleicht auch allmählich, namentlich, wenn die Finanzen  
ein gewichtiges Wort mitreden, die Bereitschaft, die Prä-  
ambel zu Teil 5 des Versailles Vertrages zu erfüllen,  
stärker werden.

### Eintragsänderung.

Daß sich die Russen an der Genfer Konferenz beteiligen  
wollten, bildete die erste internationale Überraschung, die  
zweite ist die Wahl Eintragsänderung zum Führer der  
Abrüstung. Wenn man einen Mann von seinem Rang an den  
Das Genf führt, so hat man gegenwärtige Absichten, die  
sich auswirken müssen. Zweiworts gehört zu seinen Aufgaben,  
die abgerundeten diplomatischen Beziehungen mit London  
dort wieder zu knüpfen, was sich gerade in dem Vertriebe  
der Ausverkauf am leichtesten bewerkstelligen läßt. Aber  
das ist sicher nicht der einzige Grund für seine Entsendung.  
Offizielle Verhandlungen haben keine Feindschaft darüber  
gelassen, daß sie die Abrüstung ernsthaft betreiben  
wollen. Sie kommen mit einem fertig ausgearbeiteten  
Programm, das eine etappenweise Regelung der Fragen  
vorseht. Auch sie wissen sehr wohl, daß man alte Volk-  
werke nicht im Sturm nehmen kann und beschränken sich  
zunächst darauf, einige Forderungen zu schlagen. Dabei hat  
Eintragsänderung selbst mit erneuerten Schärfe ausgesprochen,  
daß er jedem Versöhnungsversuch mit allen Mitteln begegnen  
würde, und er hat alle, die guten Willens sind, aufge-  
fordert, mit ihm eine Einheitsfront zu bilden. Das ge-  
schieht natürlich nicht nur aus Idealismus, sondern ein-  
mal, weil die zerrütteten Finanzen der Sowjets, die die  
militärischen Lasten nicht mehr tragen können, sodann,  
weil der Ring sich im Norden immer enger schließt. Trotz  
dem bleibt das Vorgehen der Russen erfreulich. Haben  
sie einen Erfolg, so ist das unbedingt zu begrüßen, haben  
sie keinen, so werden die Saboteure wenigstens einmal reiflich  
demaskiert.

### Das Schulgesetz.

Für die Regierungskoalition ist das Schulgesetz zum  
Kräften ihrer Fähigkeiten geworden. Kabinett tritt alles  
andere zurück. Die Schulreform wird ja nun wohl  
in irgendeiner Form verabschiedet werden, während man  
das Klausurabschlagsgesetz höchst wahrscheinlich dem näch-  
sten Reichstag überläßt. An eine Erledigung des Straf-  
gesetzbuchs ist nicht mehr zu denken. Man ist in der Kom-  
mission ungefähr bei 8 500 angelangt und hat noch so viele  
Probleme zu lösen, daß bestimmt darüber Sommer und  
Winter vergehen werden. Ob die Arbeit, die jetzt geleistet  
wird, verloren ist, läßt sich nicht sagen. Man kann nur

hoffen, daß die Volksvertretung im nächsten oder über-  
nächsten Jahre dann umso tiefer über die einzelnen Kom-  
petenzen eine Verständigung erzielen kann. Kritisch liegen die  
Dinge beim Schulgesetz. Die Verhältnisse der Deutschen Volk-  
partei in Braunschweig stellen ein Kompromiß dar zwischen  
dem rechten und dem linken Flügel. Viel anzufangen ist  
mit ihnen nicht, und das entspricht wohl auch der Absicht.  
Man wollte sich volle Bewegungsfreiheit machen und die  
Partei nicht vorgelegt auf den Tisch legen. Wenn von  
einer Einigung mit den anderen Parteien schon die Rede  
ist, so dürfte das kaum zutreffen. Man beurteilt häufig  
in der Öffentlichkeit die Verhältnisse falsch. Das Zentrum  
möchte gern das Gesetz unter Dach und Fach bringen und  
ist zu erheblichen Zugeständnissen geneigt in der klaren  
Erkenntnis, daß es nach den Wahlen keine größeren Er-  
folge in dieser Frage einheimen kann. Es wird allerdings  
durch die Rückstufung die bayerische Volkspartei getrieben,  
die wesentlich stärker ist. Die größten Schwierigkeiten liegen  
aber bei den Deutschnationalen. Vor allem, weil Reubell  
starr an seinem Entwurf festhält und man ihn nicht preis-  
geben möchte. Das hat sich auch bei dem entworfenen  
§ 4 gezeigt, der die Schularten regelt. Die Deutschnationalen  
haben gegen das Zentrum die schärfere Form durchgesetzt.  
Auf der anderen Seite darf nicht forgotten werden, daß die  
Deutsche Volkspartei weder das Gesetz noch eine Kritik will  
und daher sich durchsetzen versucht. Die Deutschnationalen  
aber haben kein Interesse an einer baldigen Verabschiedung.  
Ob das Gesetz angenommen oder abgelehnt wird, die Ab-  
stimmung bedeutet das Ende der Koalition, das gerade die  
Freunde des Herrn von Reubell solange als möglich hin-  
ausziehen wollen.

### Die deutschen Städte.

Der Reichsbaupräsident hat in Vöckum ganz beson-  
ders die Kommunalverwaltungen aufs Korn genommen und  
ihnen übertriebenen Luxus vorgeworfen. Nach seinen Dar-  
legungen wären die Anleihen entweder überhaupt nicht  
oder nicht in diesem Umfang notwendig gewesen, wenn  
die deutschen Städte etwas mehr Beschränkung hätten an  
den Tag gelegt. Nun legen sie sich zur Wehr und weisen  
in Artikeln und Denkschriften nach, daß diese Behauptungen  
nicht zutreffen. Ihr Anliehbedarf betrage überhaupt nur  
10% unserer gesamten Auslandsbefuldigung. Auch seien  
für Sport und andere Erfordernisse nur ein Bruchteil  
dieser Anleihen verwendet worden. Alles andere habe pro-  
duktiven Einrichtungen gebildet. Bedingt seien aber auch  
diese Ausgaben durch die Erwerbslosenfürsorge und die  
notwendige Erhaltung der deutschen Jugend. Sicher hat  
Dr. Schacht zu stark verallgemeinert und ist über das  
Ziel hinausgeschossen. Aber etwas bleibt davon übrig.  
Wir haben gerade in diesen Tagen das Wortkommis in  
Eichenau, wo die thüringische Regierung die beiden letzten  
Eisbahn beanstanden mußte. Ähnliche Fälle haben sich auch  
sonst ereignet. Sicherlich sind die Städte in schwieriger  
Lage und man kann ihnen viel zugestehen. Aber vorläuf-  
rig sind durchaus nicht alle Geburde weit ist so stark an-  
gegriffen werden, müssen sie doppelt vorichtig in der Be-  
urteilung von Ausgaben sein. Und da hat man doch den  
Eindruck, daß etwas reichlich Parteipolitik getrieben wird.  
Manches konnte gestrichelt werden, wenn man nicht gerade  
darauf Rücksicht genommen hätte. Parteipolitik geht nicht  
zu den Pflichten der Kommunen und hat sich als eine  
Läunung erwiesen.

## Stärkt die Demokratie!

Wer dem Vaterlande nützen will,  
für Einigkeit, Recht und Freiheit eintritt,  
der reiche zur gemeinsamen Arbeit  
allen Gleichgesinnten die Hand.

Zur Aufnahme meldet sich:

Name: \_\_\_\_\_  
Vorname: \_\_\_\_\_  
Beruf: \_\_\_\_\_  
Wohnort: \_\_\_\_\_  
Straße: \_\_\_\_\_ Nr. \_\_\_\_\_  
Bemerkungen: \_\_\_\_\_

Ausgefüllt einzusenden an die  
Deutsche Demokratische Partei  
für den Bezirk Halle.



## Hellpach zum Reichsschulgesetz.

Wie die „Freiwillige Lehrerschaft“ beruht, sprach in Kassel in einer großen, stark besuchten Versammlung, veranstaltet von der „Pädagogischen Arbeitsgemeinschaft“, der Lehrer aller Schularten angehören, und von dem „Arbeitskreis zur Erneuerung des evangelischen Gemeindelebens“, der Staatspräsident a. D. Universitätsprofessor Dr. Hellpach über das Thema: Kultur und Religion. Er führte etwa folgendes aus: Der Kampf um das Reichsschulgesetz wird nur dann zu einer ausgelegenen Lösung führen, wenn wir auf die grundsätzlichen Grundlagen zurückgehen und uns nicht durch Schlagworte den klaren Blick trüben lassen. Von Kultur spricht man, wenn das gesamte Leben unter einem alles beherrschenden geistigen Wert gelebt wird (s. B. Islam, das Christentum im Mittelalter). Der beherrschende Wert braucht nicht immer ein religiöser zu sein. Es gibt auch wissenschaftliche, künstlerische, politische Kulturen. Man konzentriert — normalerweise nur bei uns in Deutschland — einen Gegensatz zwischen Kultur und Zivilisation. Unter Zivilisation versteht man die Gesamtheit der menschlichen Lebensformen, durch welche Naturkräfte und Kräfte der menschlichen Lebensfähigkeit dienstbar gemacht werden. Staat haben wir zwar eine hohe Zivilisation, aber eine gedrückte Kultur. Regalisch des Problems. Wie kommt es, daß ganze Völker ihre gesamte Lebensführung unter eine große geistige Idee stellen? Wir finden sie in der Wissenschaft 4 Ansichten: die hebraische, nach der Kulturen durch einzelne Heiden geschaffen werden, die marxistische, die in allem, was wir Kultur nennen, nichts als eine Wirkung, einen Ueberbau der wirtschaftlichen Verhältnisse sieht, die Ansicht Lampré, der in den Kulturen Lebensstadien, Entwicklungsstufen der Völker erkennt, und die Ansicht Spenglers, nach der die Kulturen Erscheinungen sind, die nach einem unerschöpflichen, geheimnisvollen Gesetz hervorgerufen, ihre Blütezeit erreichen und dann nach etwa 1000jährigen Bestehen untergehen. Der Redner wendet sich dann besonders den beiden letzten Auffassungen zu und lehnt die von Spengler, die keine wirkliche Entwicklung anerkennt, ab. Wir befinden uns heute in einer ganz anderen Lage als die Menschen vor 1000 und noch vor 400 Jahren. Damals war das Christentum der geistige Wert. Von 1700 beginnt ein neuer Kulturabschnitt, in dem die Geistesmenschen den Verfall als höchsten Lebenswert anerkennen; die Zeit der Aufklärung. Wenn es auch scheint, als ob mit Beginn unserer Jahrhundert ein neues Zeitalter heraufzuehe, das die Werte des Erlebens, des Schauens in den Mittelpunkt rückt, so muß doch gesagt werden, daß die Kultur des Verfalls noch nicht zu Ende ist, daß sie vielmehr immer mehr unser Leben durchdringen will. Doch vermag die geistige Macht dieser Kultur nicht so auf alle Menschen zu wirken wie etwa das Christentum im Mittelalter; daher die großen Gegenfährlichkeiten heute. Während in Frankreich der Bruch zwischen ihnen glatt vollzogen ist, ist er bei uns jagd, zerplittert. Man denke nur an den Protestantismus von seiner äußersten Rechten bis zur äußersten Linken. Wie kann der Staat bei dieser Lage, wo Religionskämpfe gegen Volkstumskämpfe steht, wo ein geistiger Wert, dem alle Menschen sich unterwerfen, fehlt, praktische Kulturpflege treiben, ohne Partei zu ergreifen? Das ist eine ungeheure Mühe der deutschen Kulturpolitik. Wir haben in Deutschland in kultureller Beziehung drei Lager, die mit den Worten gekennzeichnet sind: Christentum, vernunftgemäßes Humanität, Volkstum. Diese sehen die Lösung der Frage in der christlich-konfessionellen, in der weltlichen, aufklärerischen oder in der deutschen Schule. Ist da nun eine Gemeinheitspolitik überhaupt möglich? Die Konfessionspolitik hat ihre Vorgänge. Ob aber die religiöse Entwicklung wirklich so groß ist? Alle die Menschen von heute, die kirchlich gleichgültig oder gar feindselig eingestellt sind, gingen durch Konfessionsschulen. Man kann nicht sagen, daß die Katholiken, die aus den böhdischen Simultanfahnen hervorgegangen sind, weniger Treue und Glauben zeigten als andere. Die häusliche Atmosphäre ist viel einflussreicher als die Schule. Selbst wenn man der Schule die große Macht aufzubrechen würde, religiös zu erziehen, so bestehen doch die Glaubensspaltungen, und wir werden neben weltlichen Schulen niemals christliche, sondern stets evangelische und katholische finden. Zwar sind Bestrebungen im Gange, die konfessionellen Gegensätze zu überbrücken (Stocholm, Lausanne). Auch würden die religiösen Stoffe, die mit der festlichen Hälfte des Kirchenjahres in Zusammenhang stehen, kaum eine unerschöpfliche Behandlung

erfahren müssen, und doch würde man auf starken Widerstand stoßen bei einem Vorschlag auf gemeinsamen Religionsunterricht. Eine große Frage tritt an uns heran, ob die Menschen von heute überhaupt noch in der Lage ist, sich dem Religionsunterricht begreifen zu lassen. Es ist eine pädagogische Unmöglichkeit, unsere Jugend sozial mit Religion zu verpacken.

Ueberall zeigt sich das Streben, zu höheren geistigen Werten zu kommen. Darum dürfen jetzt die Lager nicht auseinander gerissen werden. Es wäre ein großer weltanschaulicher Fehler, die Trennung der Schulen vorzunehmen und auf die Simultanfahne zu verzichten; denn man würde „Gott“ haben in einem evangelischen und katholischen und die Welt in eine humanitäre und eine nationale. Religiöse Kultur im Sinne des Mittelalters wird nicht wieder zurückkehren. Soll aber Religion der höchste Wert unserer Kultur werden, dann wird sie anders aussehen müssen; mit einer abgemessenen und abgeriffenen Religion können wir keinen Feiertag begehen.

## Diktatoren und Parlamente.

Die Diktatorenentwässerung in Europa hat sich in den verschiedenen Staaten mit verchieden großer Geschwindigkeit entwickelt. In Polen erlebt man noch, daß Wladyka das Parlament nach Hause führt, es aber grundsätzlich anerkennt. In Rumänien hat sich eine sehr gründliche Reform durchgeführt, das Parlament nur ein Instrument in der Hand Brătianus ist. Das neue türkische Parlament verfiel zwar auch nur über die einzige Volkspartei, d. h. die Partei Kemal Paschas, aber hier sind doch Ansätze vorhanden, allmählich auf einer normalen Arbeit der gesetzgebenden Stimmungen zu kommen. In Spanien, und noch mehr in Italien hat das diktatorische Regiment sich am gründlichsten und am längsten auswirken können, und in beiden Ländern ist es jetzt so weit gekommen, daß die Diktatoren selbst das Bedürfnis haben, ihr rein persönliches Regiment durch die Einführung von Scheinparlamenten zu verdrängen. Freilich handelt es sich dabei wohl nicht ausschließlich um das Ziel, der diktatorischen Staatsform einen parlamentarischen Mantel zu geben, sondern stärker noch mag bei dem Aufkommen der gleichen Pläne in Italien und Spanien das Gefühl mitgewirkt haben, daß eine Staatsordnung, die lediglich auf eine Person gestellt ist, doch nur eine sehr unsichere Grundlage ist.

Es ist interessant, daß Italien und Spanien, wenn auch mit gewissen aus der Natur und der Tradition des Volkes erklärlichen Verschiedenheiten, den gleichen Weg gehen. In Madrid wie in Rom denkt man an eine Art Ständeparlament. Dabei wird in Madrid die Gestaltung dieses kommenden Ständeparlaments sehr geheimnisvoll behandelt. Der Ausschuss der neuen Nationalversammlung, dem die Aufgabe zufällt, die Verfassungsfragen zu beraten, arbeitet in allergrößter Vertraulichkeit. Trotzdem sind einige Einzelheiten bekannt geworden. Man denkt an ein Parlament, das aus zwei Kammern besteht. Die Kammer der Volksvertretung soll sich aus Delegierten der Stände und aus Sachverständigen zusammensetzen. Die obere Kammer, der königliche Rat, wird voraussichtlich zur Hälfte vom König, zur Hälfte von den Provinz- und Stadtverordnungen berufen werden. Er soll ein Vetorecht gegen Beschlüsse der Volksvertretungskammer erhalten und soll den Ministerpräsidenten wählen. Wie weit die Rechte der Volksvertretungskammer in Bezug auf Gesetzgebung gehen sollen, wie weit die Regierung selbständig ist und ohne die Kammern arbeiten kann, weiß man einwurzeln noch nicht. Von Vertrauensvoten soll aber die fünfjährige spanische Regierung nicht abhängig sein — das würde ja auch den vollständigen Verzicht auf die Diktatur bedeuten.

Ueber die italienischen Pläne ist schon viel mehr bekannt geworden, und sie sind trotzdem noch rechtlich unbestimmt und unklar. Mussolinis Arbeitsgesetz hat die gesamte Bevölkerung in 13 ständige Korporationen zusammengeworfen. Diese ständigen Korporationen sollen die Wahllisten aufstellen, auf denen nur korporativische Parteiangehörige stehen dürfen. Ueberdies wird die gesamte Elite der Kandidaten von dem großen korporativischen Rat überprüft und er hat das Recht, ungeeignete Kandidaten wieder zu streichen. Wie diese ständige Maschine dann arbeiten soll, welche Rechte ihr zukommen, weiß man noch nicht. Es scheint, daß sie im wesentlichen nur eine werdende Tätigkeit entfalten und dazu dienen soll, den Beschlüssen, die Mussolini selbst gefaßt hat, durch ihre Zustimmung größere Geltung zu verschaffen.

Die Tatsache, daß man ohne eine, wenn auch beschränkte Volksvertretung in Spanien wie in Italien nicht auskommen kann, zeigt bereits eine der großen Lücken in der diktatorischen Staatsform. Gleichwohl aber hat man den Eindruck, diese ersten Ansätze eines ständigen Parlaments doch nicht weiter als ein Umweg, der wieder zur normalen Volksvertretung zurückführen muß. Warum dann das Experiment dieses Umweges gemacht wird, ist nicht recht klar. Die Gewähr jedes diktatorischen Regimes liegt darin, daß es zulassen kann, wenn die Persönlichkeit des Diktators die Diktatur über sich selbst, und auch jeder Diktator, selbst wenn er als Vorkämpfer wird, wie Mussolini, ist herzlich. Die Aufgabe eines Staatsmannes sollte aber gerade darin liegen, die Staat Stabilität und Sicherheit auch über das Leben des Einzelnen hinaus zu verschaffen. Daß ein Diktator dem Staat solchen diese Stabilität über den Tod des einzelnen hinweg zu liefern kann, zeigt den im Grund unpartriottischen Charakter aller Staatsformen, die nicht auf den Erfolg der Regierungen eingerichtet sind.

## Neuwahlen in England?

Die Taktik der Opposition. — Dreieind Macdonald, Lord George, Cecil. — Baldwin Verneberger.

Die Regierung Baldwin macht schwere Tage durch. Sie weiß die öffentlichen Angriffe der Arbeiterpartei Unterhaus verteidigen muß, aber weil diese öffentlichen Angriffe eine bewusste Taktik zugrunde liegt, deren Ziel es die innerpolitischen Verhältnisse Englands umzugestalten, ist dieser anglophile Tradition ist das Parlament aufzulösen, und die Haltung der Oppositionsparteien eine zweifelhafte und hohe Arbeit nicht mehr ermöglicht. Neuwahlen in England können, wenn das Unterhaus sein normales Ende findet, im Jahre 1929 stattfinden. Die Regierung Baldwin vertritt über eine so große konservative Mehrheit, daß sie alle Art der Opposition niederstemmen lassen kann — auch das Parlament, das Macdonald gegen Baldwin persönlich eingeleitet hat. Das Ziel der Arbeiterpartei und der Liberalen, die unterliegen, geht also nicht dahin, das Kabinett durch parlamentarische Abstimmungen in Verlegenheit zu setzen. Opposition knüpft vielmehr an jene alte englische Tradition an, die es auch im Jahre 1905 den Liberalen ermöglichte, bestmögliche Auflösung des Parlaments zu erzwängen.

Man wird also Standhalten im Unterhaus, wie seit Jahren zum erstenmal bei der Debatte über die Kohlenindustrie ereigneten, in der nächsten Zeit wiederholt ermarken. Ein weiteres Mittel, den Kampf gegen das konservative Kabinett zu führen, hat Lord Robert Cecil der Arbeiterpartei und den Liberalen geliefert, als er im Oberhaus C. Hillings über die Küstungs- und Abbrütsungen der Regierung machte. Cecil hat erklärt, der eigentliche Schaden am Scheitern der englisch-amerikanisch-japanischen Flottenabbrütsungen sei der Schachtler Churchill. Die Änderung der Amerikaner ging bekanntlich dahin, daß ein Gleichheit der Flottenstärke Americas und Englands vereinbart werden sollte. Lord Robert Cecil's Mitteilungen über britische Admiralität mit diesem Vorschlag einverstanden seien. Der Schachtler aber, der vorher für die Flottenpolitik noch für die Außenpolitik die Verantwortung trägt, habe Kabinett zur Ablehnung veranlaßt. Churchill ist der scharfe Feind der Arbeiterpartei. Er hat sich wiederholt in ungewöhnlich harten Ausdrücken gegen die Sozialisten ausgesprochen, so ist es selbstverständlich, daß sie sich diese Gelegenheit zu persönlichen Attacken gegen den Schachtler nicht entgehen lassen werden.

Cecil, der wegen der mangelhaften Abbrütsungsbereitschaft konservativen Kabinetts seine Demission gegeben hatte, hat aber zugleich auch den Liberalen ein neues Kampfmittel. Lord George's Hauptparole war in der letzten Zeit die Forderung, und mit dieser Parole, die ja auch von der Arbeiterpartei stark unterhalten wird, hat die Opposition die allmächtigsten Waffen besessen, denn die öffentliche Meinung Englands hatte sich in den letzten Wochen fürchterlich gegen die konservative Kabinett und seine Wortführer ausgesprochen. Man kann diese Möglichkeiten natürlich auch im Kabinett Baldwin selbst.

Die Folgerung für die Opposition muß sein, die Auflösung des Unterhauses, den Beginn der Neuwahlen möglichst zu

## Der Verfäher.

Groener und der Sturz der Monarchie.

Dieser, die nicht verstehen wollen, daß 1918 die Monarchie in der Schicksalswendung ihrer Dynastie sich selbst gestürzt hat, brauchen Eisenbüchse, und als einen solchen behalzen sie mit Vorliebe den General Groener. Deshalb verdrückt es diese Leute, wenn man von Groener, der fast zu lange für die Rettung der Hohenzollern-Dynastie sich einsetzte, rühmt, was rühmendwert ist. Die „Deutsche Zeitung“ wendet sich gegen die Gläubigkeit, die Präsident und Kämmler an Groener gerichtet haben. Die „Deutsche Zeitung“ schreibt:

„Der Kaiser hatte beschlossen, an der Spitze des Heeres die Ordnung in der Heimat wieder herzustellen“, und hatte dem General Groener am 8. November befohlen, diese Operation vorzubereiten. Am 9. November, 10 Uhr vormittags, fand beim Kaiser durch den Generalfeldmarschall und den General Groener Vortrag über die Lage Italiens, im Besonderen General Groener's des Chefs des Generalstabes der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Bei diesem Vortrage bezeichnet Groener den Plan eines Vormarsches gegen die Heimat als ausschließliches. General Graf Schulenburg und Generaloberst v. Pfaffen wiberproben der Auffassung Groeners. Der Kaiser aber schloß sich ihr an, weil er dem Vaterlande den Bürgerkrieg ersparen wollte. Ueber machte niemand den Vorschlag, den Grafen Schulenburg und den General Groener gegen die Revolution zu beauftragen. Die lag die „historische Stunde“ Groeners, und in dieser Stunde hat er verjagt.“

Das Blatt des Justizrats Claf will also glauben machen, die Dynastie sei am 9. November durch Gewaltanwendung zu retten gewesen, und Groener habe dies ver-

hindert. In Wahrheit war die Dynastie schon verloren, nicht Groener, sondern die Hohenzollern hatten verjagt. Der berühmte Berliner Historiker Friedrich Meinecke, der, ähnlich Delbrück, nach Herkunft und Werdegang mit tausend Jahren an der Monarchie hing und „Gesellschaftsmonarchie“ blieb, auch als „Vernunftrepublikaner“ wurde, hat das schiefer formuliert auf der Weimarer Hofschuljahresversammlung von 1926. Meinecke sagt:

Sie hätte die Dynastie in den rettenden Entschluß gefunden, so hätte die Monarchie gerettet werden können. Kaiser und Kronprinz hätten einlegen müssen, aber eine Regentschaft hätte die Anerkennung der ganzen Nation gefunden. Ebert hat sie, und damit die Erhaltung der Monarchie, noch am 8. November, als damals schon die rote Fahne auf den Kaiser Schloßschloß wackeln, gestürzt. Er erhielt die Antwort, daß keine der Brüder des Kronprinzins die Rechte des Bruders wahrnehmen wolle. Dann trennen sich unsere Wege, erwiderte Ebert. „Damit war das Ende der Monarchie besiegelt. Sie war also schon deswegen nicht mehr zu halten, weil keiner der Hohenzollernprinzen sich nötig und nötig zeigte, das große Staats- und Nationalinteresse über die dynastische Tradition zu stellen. Groener hat den Aufbruch schon damals erkannt, und er hat die Konsequenz daraus gezogen. Der Weg Schulenburgs hätte zur Diktatur — fürher zur roten, vielleicht nach deren Sturz zur Fortschritt-Diktatur — geführt. Deutschland unter Beschränkung der Erbschaften durch ein Wundstumpfmaß der legalen Mitte geführt zu haben, ist mit Ebert-Groeners Verdienst.“

Verbrauchen — gebrauchen.

Beide Wörter sind wohl zu unterscheiden. Gebrauch ist: anwenden, verwenden, benutzen, genießen, sich bedienen, üben. Brauchen ist: nötig haben, müssen, bedürfen, gezwun-

gen sein. Gebrauch im Sinne von „nötig haben“ ist fast umgekehrt ist aber brauchen im Sinne von „gebrauchen“, wender“ um. nicht gerade unzulässig. So sagt man (Grimm): der Mann ist wohl zu brauchen (zu verwenden), weiß sein Schwert, seine Feder zu brauchen (anzuwenden, führen), ich brauche (verwende, genieße) die Arznei, ich brauche mein Recht (bediene mich), verleihe meine Borse zu brauen (zu wählen), meine Zeit wohl zu brauchen (anzuwenden). In unsere Klassiker verwenden das Wort „brauchen“ ausfallen der Bedeutung von „gebrauchen“. So läßt Schiller Tetzlaff Octavio in dem Piccolomini sagen: „Brauchst du euer Wohl doch, Bedenket ihn.“ Im Erstling heißt es: „und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt.“ Im Torquato Tasso spr Alphonso: „Zwar ist es schon mein Vorteil, daß ich nicht in Athen grad und unbeding erwaarte. Nicht alles dienet mir auf gleiche Weise; wer vieles brauchen will, gebrauch jedes in seiner Art, so ist er wohl bedient.“ Hier ist also bei im Sinne von „verwenden“, „benutzen“ gebraucht, und bei ist richtig. Aber „gebrauchen“ soll man nie im Sinne von „dürfen“ verwenden. Wie kommt aber „brauchen“ zu dieser Bedeutung? Aus der Vorstellung des Benutzens fließt die Bedarfs. Wenn ich Geld verwende, habe ich es nötig; in ich die Brille brauche (d. i. trage), bedarf ich ihrer auch. In behalt die Bedeutung in der älteren Sprache noch in In einzelnen kann zweideutig sein, in welchem Sinne „brauchen“ zu nehmen sei, z. B. „ich brauche die Hilfe“ — „ich diene mich ihrer“ oder „ich habe sie nötig“. Dies wird durch gehoben, daß man in der ersten Bedeutung „gebraucht“ steht. So will's auch der heutige gute Sprachgebrauch. Wer braucht eine Schreibmaschine, er muß eine haben, er sie nötig, er bedarf ihrer, aber er hat sie noch nicht. Er braucht, benötigt sie, bedient sich ihrer, wenn er sie hat.







# Parteinachrichten.

## Nur vorübergehend!

**Halle.** In der vorigen Nummer brachten wir einen Bericht über die Rede des Landesministers Dr. Stresemann gelegentlich des Landparlamentes der Deutschen Volkspartei. Dabei haben wir in unserer kritischen Beleuchtung u. a. hervor, daß die Volkspartei, entgegen ihrem bisherigen Verhalten, in der Verammlungsliste kein „Schwarz-weiß-rot“ zeigte, vielmehr als Ausschmückung das neutrale „Grün“ gewählt hatte. Unsere daran gemäßigten Erwartungen, daß sich in der halleischen Organisation der Volkspartei zwar langsam aber doch langsam die Erkenntnis vorbereite, daß das „Schwarz-weiß-rot“ durch Hineinziehen in den politischen Kampf immer mehr zur Parteifarbe herabsinke und daß das schwarz-rot-goldene Heiligtum des Deutschen Reiches als solches gedeutet und anerkannt werden müsse, sind aber sehr schnell gestört worden. In den Verhandlungen des am Tage nach der Rede Stresemanns abgehaltenen Landparlamentes hat man nämlich eine Entschiedenheit gezeigt, in der gesagt wird, daß die halleische Volkspartei auch weiterhin an „Schwarz-weiß-rot“ unbedingt festhalte und daß sich an diesem Standpunkte niemals etwas ändern werde.

Dazu ist zu bemerken, daß man in der Politik bekanntlich mit dem Wort „niemals“ sehr vorsichtig sein soll. Zumal gerade die Deutsche Volkspartei in ihren bisherigen Handlungen einen sehr deutlichen Anschauungsunterricht für einen mitunter sehr schnellen Meinungswandel gezeigt hat. Und weiter kann es wirklich nicht als Zeichen treuen Bekenntnisses gelten, wenn sie bei einer am Vorabend ihres Landparlamentes abgehaltenen öffentlichen Versammlung (siehe Stresemann-Versammlung) die angeblich so treu geliebte Fahne schuldig verleugnete. — Will die halleische Volkspartei in Zukunft nur mit Worten und Entschuldigungen für „Schwarz-weiß-rot“ fechten, dann wollen wir ihr das Vergnügen lassen. Vorläufig stellen wir fest, daß ihr Verhalten bei der Stresemann-Versammlung nur vorübergehend war.

**Halle.** Die Parteigeschäftsstelle in Halle hat eine Anzahl des von der Preußen-Station der D. D. P. herausgegebenen A. B. C.-Büchens erhalten. Die Ortsgruppen-Vorstände und Vertrauensleute erhalten das Buch durch die halleische Geschäftsstelle demnächst zugelandt.

### Weihenfels.

#### „Die Frau im neuen Staate“

so hieß das Thema des Vortragsabends, zu dem die D. D. P. am 17. November eingeladen hatte. Wir erhalten darüber folgenden Bericht: Frau Elisabeth Schneider leitete den Abend und begründete in ihren Begrüßungsworten die Notwendigkeit des Zusammenstehens gleichgesinnter Frauen. Frau Anna Wolff-Halle a. S. als erste Rednerin sprach in ihrem Vortrag von den Grundfragen der Aufgaben der Frau im neuen Staate. Sie sind in der Reichsverfassung, in den Parteiprogrammen und in der Frauenbewegung gegeben. Die Frau nahm nach der Revolution am politischen Leben aufs Beschäftigte teil. 41 weibliche Mitglieder zählte die Nationalversammlung. Wenn diese Zahl in den späteren Jahren — der derzeitige Reichstag zählt nur noch 33 weibliche Abgeordnete — beträchtlich zurückging, so ist das aus mancherlei Gründen zu erklären. Frau v. Oheimb erklärte: „Die Tätigkeit der Frau in der Politik ist notwendig, der Staat braucht mütterliche Fürsorge. Es gibt so viele soziale und andere Fragen, die nur mit Hilfe der Frau gelöst werden können.“

In einem geschichtl. Rückblick zeigte Frau Wolff, daß auch schon vor dem Kriege die Frauenbewegung manchen Erfolg zu verzeichnen hatte. Man denke an die geistige Befreiung der Frau, an die Öffnung vieler Berufe, vor allem an die Zulassung zum Universitätsstudium. Doch das Maßrecht gab der Frau erst die Revolution. Die Frage: „Woher kommen die politisch tätigen Frauen?“ beantwortete die Rednerin dahin: Vor allem sind es Lehrerinnen, die führend geworden sind. Aber auch Hausfrauen haben sich Geltung zu verschaffen gesucht. Und alle diese Frauen, an der Spitze Gertrud Bäumer, Anna von Gierke, Frau Juchacz u. a. betonen, daß sie trotz aller politischer Freiheit nicht ihr Frauenum übergeben wollen. Frau Colette habe nicht recht, wenn sie sagt: „Der Frau sei mit Gewalt an jeder Art von Mannestugenden und Manneum Gehmrad beigebracht worden.“ Ihr Frauenum brauche die Frau auch bei der Mitwirkung an der Lösung mütterlicher und auch wichtiger Fragen. Das Reichsgesetz über die Jugendberufshilfe, das Gesetz gegen die Geschlechtskrankheiten, das Heimarbeiterinnen-Gesetz sind unter tätiger Mitwirkung der Frau zustande gekommen. Wenn das Kleinrentengesetz nun endlich zur Durchführung gelangt, so sei das in erster Linie einer Frau, Elisabeth Lüders, zu danken. Von allergrößter Wichtigkeit sei die Mitarbeit der Frau bei der kommenden Rechtsform, im Ehegesetz, im Güterrecht und Strafrecht. Die Hausfrau im neuen Staate charakterisierte sie dadurch, daß sie in weiterer Nähe in den Hausfrauenvereinen organisiert sei. Welchen Zweck hat das? Die Hausfrau soll im Berufsbeußtsein gestärkt werden, sie soll frischer, freudiger und gesünder ihrer Arbeit leben können. Der neue Staat kommt ihr entgegen, indem er sich bemüht, durch Schaffung von Schulen mancherlei Art dem Hausfrauenberufe beste Grundlagen zu geben. Es sei aber auch nötig, daß die Hausfrau eine Ahnung davon bekomme, wie eng gerade ihr Beruf mit der Volkswirtschaft verknüpft sei. Daraus erwache auch eine Verpflichtung der Hausfrau dem Handwerk gegenüber, dessen Erzeugnisse sie billiger und schlechter Nacharbeit vorziehen müsse. Besonders notwendig sei die Fürsorge des Staates um die Ausbildung der ländlichen Hausfrau. Pflichtfortbildungsschulen sollten auch die Mädchen zu tüchtigen Bäuerinnen herantreiben. Ueber die erwerbstätige Frau, die durch ein fotografisches Maß zum

Eintritt in den Wirtschaftskampf gezwungen werde, leitete die Rednerin mit: Seit 1907 ist die Zahl der erwerbstätigen Frauen um 34,8 Prozent gestiegen, 3,5 Millionen Frauen sind tätig im Handwerksberufe, in der Textil- und Nahrungsmittelindustrie. In der Provinz Sachsen wurden gezählt 514 514 Ehefrauen und 556 767 erwerbstätige Frauen. Wenn auch in der letzten Zeit manche Doppelverdingungen erhalten sind, so liegt doch darin ein ungeheures soziales Problem. Mit einem warmen Appell zur Liebe und Sympathie an den neuen Staat schließt der Vortrag. Frau Minister Schreiber-Küffer-Halle a. S. ergänzte den ersten Vortrag: Das Tempo in der Entwicklung der Frauenbewegung war vor dem Kriege beschwunden, wurde durch ihn aber rasend beschleunigt. Der neue Staat konnte keinen Unterschied zwischen Mann und Frau. Zum ersten Male empfand die Frau, daß auch sie zum Staat gehöre. Sehr vieles sei erreicht worden, aber noch viel mehr müsse sie wünschen. Aber stede in der Frau nicht die Sehnsucht nach Ruhe? Auch die Frau könne, wenn sie auch noch so widerstrebe, der Politik nicht entkommen. Überall stelle sich auch ihr die Forderung, sich zu entscheiden, entgegen. Darin müsse sie die neuen Aufgaben ins Auge fassen, um sie zu meistern. Dann werde sie ihre Hauptaufgabe erfüllen können, alles, was fröhlichen Bestrebungen nachgeht, zu unterstützen und ausgleichend und versöhnend nach innen zu wirken. Zwei Worte umfassen ihre Aufgaben: Völkerverbien und soziale Gerechtigkeit! Mit herzlichen Worten dankte Frau Schneider den Rednerinnen. Die rege Teilnahme an den Vorträgen und der lebhafteste Beifall zeigten, daß die D. D. P. auf richtigem Wege geht, wenn sie solche Abende veranstaltet. Es ist nur zu wünschen, daß sie regelmäßig stattfinden.

**Schmieberg.** Das Blatt der Wölkischen Freipartei, „Deutsches Tageblatt“, bringt in seiner Nr. 272 scharfe Angriffe gegen den Bürgermeister Kelle in Form einer Anfrage des wölkischen Abgeordneten Wulle im Preußischen Landtag. Mit derselben Angelegenheit befaßte sich auch eine kürzlich in Schmieberg abgehaltene öffentliche Einwohnerversammlung, die als Ergebnis eine Entschließung faßte, in der die Abberufung des Bürgermeisters gefordert und eine aus allen Schichten der Einwohnerschaft bestehende Kommission gewählt wurde. Diese Kommission soll die Forderung beim Ministerium vertreten und begründen.

Selbstverständlich ist zunächst eine Klärung in dieser Sache abzuwarten. Wogegen wir uns aber schon heute wenden müssen, ist die öffentlich aufgestellte Behauptung, Bürgermeister Kelle gehöre der Demokratischen Partei an. Das ist nicht der Fall. Wir erklären vielmehr mit aller Bestimmtheit, daß Bürgermeister Kelle weder Mitglied der Demokratischen Partei ist, noch in irgend welchen Beziehungen zu der Organisation der Deutschen Demokratischen Partei im Reg.-Bez. Merseburg steht.

**Sangerhausen.** Zusammenkunft der Parteifreunde jeden 1. Freitag im Monat. Eingeführte Gäste stets willkommen.

**Torgau.** Zusammenkunft der Parteifreunde jeden Dienstag im „Goldenen Anker“. Eingeführte Gäste willkommen.

**Delitzsch.** Ortsgruppe der D. D. P. Dienstag, den 29. November, abends 8 Uhr in der Vinde-Versammlung. Das Referat über die politische Lage hält Herr Dornblüth.

**Büchertisch.**  
Die wirtschaftlichen Kräfte der Welt.  
Herausgegeben von der Dresdner Bank, Berlin.  
Geht man den Ursachen der deutschen Wirtschaftsnot nach, so findet man neben den Deutschland allein belastenden Faktoren auch eine Reihe solcher, die alle europäischen

Länder mehr oder weniger betreffen. Es ist nicht zu verkennen, daß die Kriegs- und Nachkriegsperiode gerade zwischen den einzelnen Erdteilen stark die wirtschaftlichen Beziehungen gebracht hat, die den früheren europäischen Abhängigkeitsverhältnissen und sich um so stärker auswirken müssen, als die Produktionskapazität — ursprünglich für Kriegszwecke, dann im Umstellungswege für Frieden zweckgedacht — bedeutend ausgebaut wurde. Den hierrührenden Kräften nachzugehen, ihre Wirkungen auf die Struktur der Weltwirtschaft im Einzelnen aufzuzeigen und in ihrem bisherigen, sowie künftig möglichen Ablauf verfolgen, gab der Dresdner Bank Anlaß zu einer statistischen Ausarbeitung über die

„Wirtschaftlichen Kräfte der Welt“, die dieser Tage in Buchform einer weiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden soll. In der Schrift ist ein Fülle von Material unter Hervorhebung der großen Gesichtspunkte des heutigen wirtschaftlichen Geschehens verarbeitet worden. So entsteht ein klarer Ueberblick über die tatsächliche Entwicklung der Dinge und die für die Zukunft gegebenen Möglichkeiten. Ein wertvolles Handbuch auch für die Praxis ist damit geschaffen.

### Raumann-Kalender 1928.

Der Raumann-Kalender für das Jahr 1928 ist erschienen. Wieder im bekannnten gediegenen Gewand mit ausgezeichnetem Inhalt.

Wie vor 70 Jahren, im denkwürdigen Jahre 184 wie später die verdorbenen Führer Friedrich Raumann und Wilhelm Dohr, so treten heute die demokratischen Führer Erich Koch, Erkelens, Gertrud Bäumer und die andere für die alten bürgerlichen Ideale ein, alle Deutsche für das Wahrsahr 1928 zu gemeinsamer Arbeit aufzurufen.

Der Kalender hat in diesem Jahr als besonderes Bundesgesetz abgabensgenau auszuweisen, was in 19 Jahren mit hervorragenden guten Zeichnungen. Außer dem ist er noch reicher ausgestattet als in den früheren Jahren. Sein sorgsam gewählter Inhalt macht ihn zu besonders geeignet für die Werbung einer staatsbürgerlichen Mitarbeit unter den Jugendlichen.

Der schöne Kalender sollte auf dem Tisch jedes Demokraten stehen; sein Preis beträgt nur Mark 0,60 p. Stück. Bestellungen sind an die Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Demokratischen Partei, Berlin SW 11, Bernburger Straße 18, zu richten. Die Parteizeitung in Halle können den Raumann-Kalender durch die Parteigeschäftsstelle in Halle, Groß Brauhausstraße 30, beziehen.

### Ein neues Buch von Gertrud Bäumer.

In den nächsten Tagen erscheint im Verlag J. A. Serbi Berlin W 35 von Gertrud Bäumer, der Führerin der Frauenbewegung, ein neues Buch: „Die Frauengeschichte der deutschen Geschichte“. Es ist der Sinn dieses Buches, die Frauengeschichte der hohen Zeit des Mittelalters, wie sie sich vor allem in den Gestalten der Raumburger und Bamberger Meister finden, die Bismarck näherzubringen.

Für die Schriftleitung verantwortlich: J. Dornblüth, Halle a. S. Druck und Verlag: Hugo Alpers, Delitzsch.

### Den Brüdern im bedrohten Land

müßigend Herz und offene Hand!

Spendet für die deutschen Schulen im Ausland!

**Großer Möbelverkauf auf Kredit!**  
Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Küchen, Bettstellen und Federbetten, Sofas, Ruhebetten, Korbmöbel, Kinderwagen, Uhren, Nähmaschinen, alle Einzelmöbel in großer Auswahl, Riesige Ausstellungsräume in 3 Etagen, Kleine Teilzahlungen nach Wunsch des Käufers! Kunden und Beamte auch ohne Anzahlung!  
**möbelhaus N. Fuchs**  
Halle a. S.  
Gr. Ulrichstr. 58, I. u. II. u. III. Etg. (i. Hause der Nordsee)

**Wer will aufs Schiff?**  
Schreiben Sie um Auskunft und Rat mit A. R. 1007 an „Alte Haafenfließ“ & Co. in Hamburg. (Rückporto beifügen.)

**Kuverts**  
liefert schnell und preiswert  
Delitzsch, Halleische Straße 1

**Täglich frisch!**  
Noch am Abend eines jeden Tages gelangt die riesige Produktion der Rama-Werke zum Versand. Und die Qualität, der gute Ruf, den sich Rama erworben hat, sorgend dafür, daß sie bei Ihrem Kaufmann nicht „den Laden hütet“.



**Rama**  
MARGARINE  
butterfein  
½ lb nur 50 Pf.

Beim Einkauf „Die Rama Post vom kleinen Oo“ oder „Die Rama Post vom lustigen Tis“



